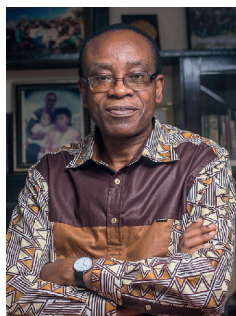


Politische Spiele mit dem Klimawandel

von Nnimmo Bassey

Die globale Erwärmung bedroht eine Vielzahl von Menschenrechten. Manche Unternehmen sehen die Klimakatastrophe jedoch als Chance für gewinnträchtige Geschäfte und versprechen Abhilfe mittels technischer Lösungen. Mit anderen Worten: Wir können unbesorgt so weitermachen, wie bisher – fossile Brennstoffe fördern und verbrennen, Ressourcen verbrauchen und verschwenden.



In Diskussionen über die Bekämpfung des Klimawandels fallen häufig Begriffe wie klimaintelligente Landwirtschaft oder Geo-Engineering. Allerdings gehören die sogenannten »klimaintelligenten Pflanzen« zu den gentechnisch veränderten Sorten. Zudem wird außer Acht gelassen, dass es meist einheimische Sorten und Agrarsysteme gibt, die widerstandsfähig gegenüber Klimaerwärmungen sind. Diese sollten wir fördern und keine Ressourcen für unerprobte Technologien

verschwenden. Afrika steht beim Kampf gegen gentechnisch veränderte Organismen derzeit im Fokus. In Südafrika, in Ägypten und im Sudan wurden einige Sorten bereits angebaut. In Kenia, Tansania und Sambia leistet die Bevölkerung Widerstand. Interessant ist der Fall Uganda, der Vorbildfunktion für andere Länder haben kann: Das ugandische Parlament verabschiedete ein Biosicherheitsgesetz, dem Präsident Museveni jedoch die Zustimmung verweigerte, da er auf strengen Haftungsregelungen zum Schutz von lokalem Saatgut bestand.

Die Einführung von Gen-Baumwolle in Burkina Faso scheiterte auf spektakuläre Weise, so dass diese Pflanze seit 2015 dort nicht mehr angebaut wird. Generell wird Baumwolle als Köder für die Einführung gentechnisch veränderter Pflanzen in Afrika eingesetzt: da sie kein Nahrungsmittel ist, könne sie unbesorgt angebaut werden. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen, denn Baumwollsaatgut und -kuchen wird von Menschen konsumiert und in manchen Gegenden als Futtermittel für Tiere verwendet. Während Burkina Faso sich von Gen-Baumwolle abwandte, griff Nigeria zu. Mit seiner wenig restriktiven Biosicherheitsbehörde könnte Nigeria hinsichtlich der Verbreitung genveränderter Pflanzen zur Nummer 1 in Afrika aufsteigen.

Gentechnisch veränderte Kulturen führen nicht nur zur Erosion der biologischen Vielfalt und einem Angriff auf die Ernährungssouveränität, sie leisten auch Vorschub für Monokulturen auf großen Anbauflächen und den Einsatz von Herbiziden und Pestiziden. Diese werden von denselben Unternehmen produziert, die genverändertes Saatgut herstellen. Die Interessen von Unternehmen und Politik stehen im Konflikt mit denen der Kleinbauern/bäuerinnen und werden voraussichtlich zu weiterem Landgrabbing und Vertreibungen auf dem afrikanischen Kontinent führen.

Technische »Lösungen«

Politische Entscheidungsträger*innen führen Geo-Engineering als das einzig wahre Mittel an, um CO₂ aus der Atmosphäre zu entfernen oder die Erwärmung der Erde durch Sonneneinstrahlung zu verhindern. Sie bringen Ideen ins Spiel, wie Spiegel am Himmel zu platzieren oder Wolken künstlich aufzuhellen. Weitere Vorschläge bestehen darin, die Meere zu düngen, um Algenteppiche in den Ozeanen zu erzeugen. Doch solche Experimente sind unreguliert und müssten in großem Maßstab getestet werden. Dabei ist klar, dass selbst wenn sie in einigen Bereichen funktionieren, an anderen Stellen schädliche Auswirkungen entstehen werden. Es ist brandgefährlich, Unternehmen oder Einzelpersonen den Thermostat unseres Planeten zu überlassen oder ihnen zu erlauben, ahnungslosen armen Nationen oder Regionen unvorhersehbare Belastungen aufzubürden.

Böcke zu Gärtnern machen

Die Klimaverhandlungen und der Diskurs zum Klimawandel sind durch Interessensvertreter*innen korrumpiert worden. Dies wurde auf der Klimakonferenz in Kattowitz (COP24) deutlich, als die Ölindustrie damit prahlte, wie sie Teile des Pariser Übereinkommens beeinflusst und sogar formuliert hätte. Aktivist*innen prangerten den unangemessenen Einfluss der Lobbygruppen an und forderten, dass große CO₂-Verursacher von den Verhandlungen ausgeschlossen werden müssten. Dennoch ging die Konferenz weiter, als ob nichts passiert wäre. Dass im Hinblick auf derartige Korruption beide Augen zugedrückt werden, erklärt auch, warum die COP nicht in Betracht gezogen hat, fossile Brennstoffe im Boden zu belassen. Die einschlägigen Unternehmen wollen bis zum Letzten Kohle, Öl und Gas fördern und so viel Gewinn wie möglich erzielen – selbst wenn der Planet brennt.

Auch haben die Industrienationen darauf hingewirkt, vom Grundprinzip der Gerechtigkeit abzurücken, das in der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) verfasst ist. Der Grundstein dafür wurde bereits auf der COP15 in Kopenhagen gelegt, als die dort erzielte »Vereinbarung« das Prinzip der freiwilligen Emissionsreduzierung auf den Kopf stellte und den Ansatz abschaffte, wonach Industrieländer mehr zur Emissionsreduzierung beitragen müssen als die weniger industrialisierten Länder, die nur in geringem Umfang Treibhausgase emittiert haben. Heutzutage müssen die Staaten lediglich angeben, wieviel sie freiwillig zur Reduzierung von Emissionen beitragen möchten. Zwar sprechen sie davon, die Anstrengungen zu erhöhen, doch die bisherigen Zusagen summieren sich zu einem prognostizierten, katastrophalen Temperaturanstieg von mehr als 3 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Zeiten.

Korrumpierte Klimapolitik

Ein weiterer Bereich, in dem schwächere Staaten den Kürzeren ziehen, sind Klimafinanzierung und Entschädigungszahlungen. Die reichen Länder möchten sich bestehende Zuschüsse und Darlehen als Bestandteil der Klimafinanzierung anrechnen lassen und keine zusätzlichen Finanzierungen leisten. Die ökologische Schuld von Jahrhunderten kolonialer und imperialer Ausbeutung wird hierdurch völlig verleugnet. Dabei wird das soziale und ökologische Gefüge vieler Nationen durch die Machenschaften von Konzernen und der aktiven Mitwisserschaft der Regierungen der ausgebeuteten Nationen weiter geschwächt. Wir sehen dies deutlich daran, wie Staaten von internationalen Finanzinstitutionen anhand von »Doing Business«-Kennzahlen – also lediglich in Bezug auf ihre Wirtschaftsfreundlichkeit – bewertet werden. Staaten, die gute Finanz-Ratings und Kredite erhalten wollen, müssen sicherstellen, dass Unternehmensinteressen geschützt, Steuersysteme durchlässig und Umweltgesetze – sofern existent – ohne Durchsetzungskraft gelassen werden.

Dies hat besonders negative Auswirkungen in Nationen, deren Wirtschaft auf dem Rohstoffabbau basiert. Nehmen wir als Beispiel Nigeria, wo die Regierung weitgehend von den Einnahmen aus dem Erdölsektor abhängig ist. Die Regierung und der Unternehmenssektor beuten die Ressourcen im Rahmen von Joint Ventures aus, in denen die internationalen Ölgesellschaften die Betreiber sind. Die Gesetze, die den Sektor regulieren, sind mehrere Jahrzehnte alt und wurden in der Zeit der Militärdiktatur verabschiedet. Jegliche Bemühungen, sie zu ändern, waren erfolglos.

Vertreibungen und Umweltschäden

Das »extraktivistische Modell« hat viele Regierungen aufgepäppelt. Lokale Gemeinschaften hingegen wurden extremer Umweltverschmutzung ausgesetzt. So gehören das Niger-Delta und die Gegend um Kabwe in Sambia zu den Top Ten der am stärksten verschmutzten Orte der Welt. Minen, z.B. die Goldminen in Südafrika, verunreinigen das Grundwasser. Der Anstieg des Meeresspiegels, die Küstenerosion und die Ölverschmutzung haben zur Folge, dass Gemeinschaften von ihrem Land vertrieben werden. Projekte der sogenannten sozialen

Unternehmensverantwortung, die in Gegenden durchgeführt werden, an denen Firmen extreme Umweltverschmutzungen zu Lasten der Bevölkerung verursacht haben, sind nichts anderes als Greenwashing. Wie sonst soll man es bezeichnen, wenn zum Beispiel ein Unternehmen eine Klinik an einem Ort errichtet, in dem sich die Lebenserwartung infolge der Verunreinigung von Boden, Wasser und Luft drastisch verringert hat, wenn dies von diesem Unternehmen selbst verursachte wurde?

Die Vertreibung von Gemeinden in Nordnigeria lässt sich mit der Verbrennung fossiler Brennstoffe in Verbindung bringen. Zwei wesentliche Auswirkungen sind die zunehmende Wüstenbildung und die Rückbildung des Tschadsees, der von 25.000 Quadratkilometern Anfang der 1960er Jahre



Säuberungsaktion nach einer Ölpest im Niger-Delta

bis heute um 90 Prozent geschrumpft ist. Die Wüstenbildung hat dazu geführt, dass sich die Weideflächen reduziert haben. Die Rückbildung des Tschadsees verursacht akute Wasserknappheit und verdrängt Fischer*innen und Bauern/Bäuerinnen. Dies hat direkt zur

Binnenvertreibung von Hunderttausenden von Menschen beigetragen. Die Folgen dieser Klimasünden zeigen sich in den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Hirt*innen und Bauern/Bäuerinnen, bei denen Tausende von Menschen getötet worden sind.

Die lebensverändernden Auswirkungen des Klimawandels bedrohen eine ganze Reihe von Menschenrechten und damit das Überleben der Menschheit. Indigene Völker, Bauern/Bäuer*innen und zivilgesellschaftliche Gruppen fordern wirksame Maßnahmen, um die Klimakrise an ihren Wurzeln zu bekämpfen. Fossile Brennstoffe müssen im Boden bleiben. Der Verbrauch von Öl und Kohle, die Entwaldung, der unnötige Militarismus und die allgemeinen ökologischen Schädigungen müssen vermindert werden. Es ist an der Zeit, diese Aufrufe ernst zu nehmen. Es ist eindeutig zu spät, um mit dem Klimawandel politische Spielchen zu treiben.

Nnimmo Basse, Direktor der Health Mother Earth Foundation, ist nigerianischer Architekt, Autor und Umweltaktivist und war von 2008 bis 2012 Vorsitzender von Friends of the Earth International. Basse erhielt 2010 den Right Livelihood Award (Alternativer Nobelpreis).

April 2019

FIAN Deutschland e.V. · Gottesweg 104 · 50939 Köln
Telefon 0221 474 491-10 · info@fian.de · www.fian.de

Mit Ihrer Spende können wir unsere
Unabhängigkeit bewahren

Spendenkonto

FIAN Deutschland e.V.

GLS-Bank eG Bochum BIC GENODEM1GLS

IBAN DE84 4306 0967 4000 444400

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des



Gefördert mit Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.



Für den Inhalt ist allein der Herausgeber verantwortlich.

Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW oder des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes wieder.